

Flüchtlingsrat Hamburg e.V.

Presseerklärung vom 29.04.2019 zum gewaltsamen Tod eines Patienten am UKE

Wir, der Flüchtlingsrat Hamburg, sind entsetzt und empört über den gewaltsamen Tod des kamerunischen Studenten Tonou-Mbobda nach seiner menschenunwürdiger Misshandlung durch Sicherheitskräfte am UKE (siehe taz-Artikel vom 25. und 29.4.19 sowie Offener Brief der Black Community und anderer Organisationen an das UKE). Solche Vorfälle sind nicht nur für Schwarze Menschen, sondern für uns alle untragbar und die Zustände, die dazu geführt haben, müssen sofort aufgeklärt und beendet werden!

- Wie kann es angehen, dass ein Krankenhaus eine private Sicherheitsfirma, deren Mitarbeiter*innen nicht fachlich ausgebildet sind und die bekanntermaßen oft rassistische Einstellungen haben, damit beauftragt, Patient*innen mit Gewalt zu fixieren?
- Wie kann es angehen, dass vom Krankenhauspersonal niemand gegen den gewalttätigen Übergriff einschreitet und Patient*innen selbst die Polizei verständigen müssen?
- Wie kann es angehen, dass sich Zeug*innen Einschüchterungsversuchen ausgesetzt sehen, wenn sie sich für ihre Mitmenschen und für Gerechtigkeit einsetzen?

Der Flüchtlingsrat Hamburg schließt sich den Forderungen der Black Community und weiterer Schwarzer und afrikanischer Organisationen an:

- Wir fordern eine umfassende, öffentliche und zeitnahe Stellungnahme des UKE zu dem gewalttätigen und letztlich tödlichen Übergriff sowie eine umfassende rechtsmedizinische Aufklärung der Todesursachen.
- Wir fordern eine sofortige Suspendierung der gewalttätigen „Sicherheitskräfte“ und interne wie gerichtliche Ermittlungen gegen sie
- Wir fordern, dass auch die an der tödlichen Körperverletzung beteiligten Ärzt*innen und Pfleger*innen zur Verantwortung gezogen werden, sowie politischen Verantwortliche.
- Wir fordern ein Ende jeder entmenschlichenden und menschenverachtenden Praxis gegenüber allen Menschen und Patient*innen im UKE.
- Wir fordern die Polizei und Justiz auf, das Verbrechen vollständig und umfänglich aufzuklären. Insbesondere rassistische Motive müssen dringend untersucht werden. Zeug*innen, die im offenen Bereich der Psychiatrie des UKE auf unterschiedlichen Stationen untergebracht sind, berichteten, dass sie von der Polizei als Zeug*innen nicht ernst genommen worden sind Jeder Versuch die Wahrheit kundzutun, wurde im Krankenhaus selbst mit Einschüchterungsversuchen und Androhungen von Verweisen aus der Klinik oder Verabreichung von beruhigenden Medikamenten beantwortet.
- Wir fordern ein Ende der Stigmatisierung und Erniedrigung psychisch erkrankter und traumatisierter Menschen.
- Wir fordern eine psychologische Versorgung und die Aufarbeitung der traumatischen Erlebnisse der Augenzeugen sowie ein Ende der Repressionen und Einschüchterungen gegen sie.

29.04.2019

Flüchtlingsrat Hamburg